

WACHSTUMSZWANG?

Von Benno Büeler

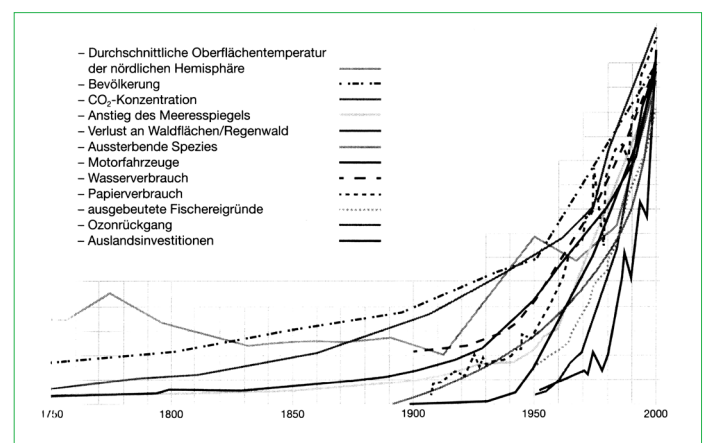
Wachstumsgedanken

Das Bild, welches Dan Brown in seinem Buch «Inferno» verwendet, zeigt die irrsinnige Geschwindigkeit und brutale Quantität der verschiedenen menschengemachten Wachstumsaspekte.

Dahinter steht als einer der wichtigsten Treiber das globale Bevölkerungswachstum. Dass die Wurzeln von ECOPOP in die Zeit der Publikation «Grenzen des Wachstums» reichen und mit Prof. Hans Christoph Binswanger bis 2018 ein prominentes, langjähriges Mitglied unseres Patronatskomitees sich in verschiedenen Büchern kritisch mit Wirtschaftswachstum auseinandersetzte – notabene ein FDP-Mitglied und Professor an der HSG – zeigt den Stellenwert von «Wachstum» für Umweltfragen und für unseren Verein.

Trotz dieser klaren Ausgangssituation wage ich einige sperrige Gedanken – um letztlich mehr Klarheit über reale Handlungsoptionen zu gewinnen.

GEDANKE 1: Wirtschaftswachstum ist mit Mehrbelastung der Umwelt gekoppelt – aber nur lose. Zuerst einmal sind monetär gemessene Wirtschaftsleistung und die vielen physikalisch / chemisch / biologischen Qualitäten der Umwelt grundsätzlich verschiedene Dimensionen und lassen sich nicht einfach in eine direkte Kausalität pressen. Dann hat man – siehe Arrow-Theorem¹ – das Problem, wie man verschiedene Umweltqualitäten in einer Grösse ausdrücken und messen will. Wenn zum Beispiel Deutschland heute auf einer Million Hektar Mais für Biogas anbaut und dadurch gleichzeitig die CO₂-Emissionen und die Artenvielfalt vermindert: ist das insgesamt eine ökologische Mehr- oder Minderbelastung? Oder wenn die arme, aber stark umweltbelastende Wirtschaft der DDR in eine deutlich reichere, aber weniger umweltbelastende westdeutsche Wirtschaftsweise transformiert wird: widerlegt das den Zusammenhang?



Grafik aus Dan Browns 2013 veröffentlichtem Roman «Inferno».

GEDANKE 2: Politiker lieben falsche Bezugsgrössen, wenn es ihren Zielen hilft.

Inhaltlich wäre es richtig, die Wirtschaftsleistung pro Kopf zu messen, da es um den wirtschaftlichen Wohlstand der Menschen geht. Und genauso müsste die Umweltbelastung aggregiert gemessen werden, um die Naturbelastung zu steuern. Tatsächlich wird politisch gewollt genau umgekehrt diskutiert: Die Wirtschaftsleistung wird aggregiert als Brutto-sozialprodukt und die Umweltbelastung wird pro Kopf ausgewiesen. So will der Bundesrat unter anderem die Siedlungsfläche pro Kopf auf unter 400 Quadratmeter senken², auch wenn dies angesichts hoher Netto-Zuwanderung irrelevant ist. Bei diesem Spiel machen alle Parteien von links bis rechts mit, weil es hilft, ihre jeweils eigenen Ziele zu verfolgen, sei es Umverteilung mit steigenden Steuereinnahmen, sei es eine ungebremszte Zuwanderung.

GEDANKE 3: Wachstumskritik ist 'out', qualitatives Wachstum ist 'in'.

Alle national relevanten Parteien inklusive GPS und GLP haben schon lange aufgehört, Wachstum zu kritisieren, und wenn das vereinzelt doch noch geschieht, darf man es als unernst gemeinte Sonn-

E D I T O R I A L

LIEBE MITGLIEDER, GÖNNERINNEN UND GÖNNER VON ECOPOP

*Schon seit ihrer Gründung 1971 befasst sich ECOPOP mit dem Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die Bevölkerungszahl. 1973 wurde ein Grundsatzprogramm erarbeitet mit dem Titel «Wachstum und Umwelt». 1997 organisierte man ein Podiumsgespräch mit Prof. Hans Christoph Binswanger zum Thema «Wirtschaft ohne Wachstum». 2009 folgte ein Dialog zwischen Prof. Reiner Eichenberger und Urs P. Gasche mit dem Titel «Mit Wachstum gegen die Krise: Ein Irrweg?». 2014, im Abstimmungskampf zu unserer Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung» wurde uns immer wieder vorgeworfen, dass nicht die Immigranten am Wachstum der Bevölkerung schuld seien, sondern unsere Wirtschaft, welche immer mehr Arbeitskräfte ins Land holt. Stimmt weitgehend, wurde von uns auch nie bestritten. Doch welche Partei wagt es, sich gegen das Wirtschaftswachstum zu stemmen? Nicht mal die Grünen haben dies im Parteiprogramm! Man spricht von qualitativem Wachstum, Kreislaufwirtschaft, ökologischem Umbau, Energiewende. Was schliesslich die Handelszeitung 2016, als es um die Abstimmung um die «Grüne Kreislaufwirtschaft» ging, zum Titel verleitete: «Wie eine grüne Wirtschaft das Wachstum beflügeln kann» *. Gestützt wurde der Artikel auf eine Studie von McKinsey. Nach dieser Analyse kann ein Kreislaufwirtschaftsmodell als zukunftsfähige Wachstumschance verstanden werden. Die Initiative wurde übrigens mit fast 64 % Neinstimmen versenkt!*

Im Biologieunterricht hat man gelernt. Wo gelebt wird, wird auch gestorben, die Bäume wachsen nicht in den Himmel, Populationen wachsen solange, bis ihre Nahrungsgrundlage erschöpft ist, unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten ist nicht möglich. Eigentlich eine Binsenweisheit, doch trotzdem scheint es ein Grossteil der Menschheit noch immer nicht begriffen zu haben. Fortsetzung Seite 14

tagspredigt verstehen, etwa so wie ein gut genährter Pfarrer über die gottgewollte Bescheidenheit und die Fastenzeit spricht, oder der Papst hinter den hohen Mauern des Vatikans über die Pflicht zu offenen Grenzen und zur Aufnahme von Migranten. Statt gegen Wachstum ist man lieber für «qualitatives Wachstum» und meint damit, dass die Wirtschaftsleistung wachsen darf aber die Umweltbelastung (pro Kopf) dabei nicht zunimmt oder noch besser sinkt. Da wie oben erwähnt die Messung von

Umweltbelastung viel Raum für Interpretation und Manipulation lässt, resultieren solche Diskussionen letztlich in Kleinaktivitäten, die kaum Einfluss auf die grossen Trends haben. Das bundesrätliche Ziel der Siedlungsfläche pro Kopf zeigt exemplarisch, wie man auch mit «qualitativem» Wachstum kombiniert mit den falschen Bezugsgrössen die Schweiz zube-tonieren kann. Dabei sind die Politiker nicht dumm, aber weil für alle Parteien – auch die Grünen! – der jetzt lebende Mensch im Zentrum steht, ist echter Wachstumsverzicht politisch nicht gewollt.

GEDANKE 4: Auch die Klimapolitik verhindert das Wachstum langfristig nicht.

Eine Senkung der CO²-Emissionen für sich alleine genommen reduziert die Umweltbelastung, dazu wird die Verteuerung von Energie die Kaufkraft senken und damit Konsum und Wirtschaft reduzieren. So weit so klar. Aber die Hoffnung, damit das Wachstumsdogma zu überwinden, ist wohl eine Illusion, wenn man sieht, wie riesig die «grünen» Budgets von Firmen wie VW oder Shell, von Ländern wie Deutschland oder der EU sind. Diese Billionen von Euros und Dollars sollen Entwicklung, Produktion und nicht zuletzt Kauf von als grün geltenden Produkten ankurbeln. Faktisch führt diese grossenteils auf Pump finanzierte Politik zu einem beschleunigten Material und Geld-Umlauf, vulgo Wirtschaftswachstum. Ob der Stahlbeton das Fundament einer Biogasanlage oder einer Gartenmauer bildet, macht für das dadurch emittierte CO² keinen Unterschied.

GEDANKE 5: Materielles Wachstum findet hauptsächlich in Schwellenländern statt.

Das reale pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in der Schweiz liegt, seit 2007 die volle Personenfreizügigkeit eingeführt wurde, zwischen -3% und 2%, der Mittelwert liegt bei 0.7%. Da gleichzeitig eine Verschiebung von materiellen Gütern zu Dienstleistungen erfolgte, dürfte das materielle pro-Kopf-Wachstum sogar noch tiefer liegen. Die Schweiz als Beispiel für eine reiche Volkswirtschaft zeigt, wie in allen reichen Ländern das reale pro-Kopf Wachstum tief ist, bei den wichtigen materiellen Gütern wie Stahlbeton, Autos, Fleisch oder fossile Brennstoffe schon lange nahe 0 oder teilweise sogar negativ⁴. Ganz anders sieht es in Entwicklungsländern aus. Zwar können in den ganz armen Ländern die Schwankungen enorm sein, aber auch dort, wo es hohe Wachstumsraten gibt oder gab wie in Ruanda oder Äthiopien, sind die absoluten Konsum-Zuwächse bescheiden, weil auf einem sehr tiefen Niveau gestartet wird. Global materiell relevant ist das Wachstum v.a. in Schwellenländern, wo über längere Zeit hohe pro-Kopf-Wachstumsraten auf einem schon relevanten Niveau erzielt werden. Die Wachstumsfrage wird damit zu einer entwicklungspolitischen Frage: Dürfen Schwellenländer wie Indien und China, Brasilien, Mexiko oder Indonesien, auf das Niveau reicher Län-

der aufschliessen? Und logisch muss dann auch gefragt werden: dürfen Entwicklungsländer in die Liga der Schwellenländer eintreten? Natürlich lautet die Antwort auf beide Fragen klar ja, alles andere wäre ethisch kaum vertretbar.

GEDANKE 6: Die Bevölkerungszahl bestimmt langfristig den materiellen Konsum.

Machen wir ein Gedankenexperiment mit folgenden Annahmen: (1) der materielle pro-Kopf-Konsum sättigt sich auf hohem Niveau; (2) Entwicklungs- und Schwellenländer werden in den nächsten Generationen auf ein europäisches Niveau gelangen; (3) vorteilhafte technologische Entwicklungen und Effizienzgewinne setzen sich ohnehin global durch. Unter diesen drei Annahmen bleibt nur noch die Menschenzahl als variable Grösse übrig, um den menschlichen Gesamtkonsum und damit die Umweltbelastung zu beeinflussen.

GEDANKE 7: Auch die Material- und Energieeffizienz erreicht Grenzen.

Vom Inbegriff des technologischen Fortschritts – den Computerchips – geprägt haben viele die naive Vorstellung, dass geniale Wissenschaftler den Output pro Input immer weitertreiben können. Das ist aber falsch. Alle materiellen Produktionseffizienzen, also dem Verhältnis von Output zu Input, unterliegen «Grenzen des Wachstums». So stagniert der Flächenertrag aller wichtigen Kulturpflanzen in den Hohertragsgebieten weltweit, die Effizienz der fossilen Kraftwerke genauso wie die der Stahl- und Zementproduktion oder der Papier- und Kunststoffproduktion. Das ist nicht Faulheit von Agronomen oder sonstigen Ingenieuren, sondern liegt an inhärenten biologischen, physikalischen und chemischen Limiten, für die der 2. Hauptsatz der Thermodynamik beispielhaft ist⁵.

GEDANKE 8: Der zunehmende Wohlstand und die riesige Menschenzahl in Schwellen- und Entwicklungsländern treiben zusammen mit stagnierender Effizienzsteigerung das globale materielle Wachstum im 21. Jahrhundert.

Eine Wachstumsdebatte in den heute reichen Ländern ist nötig, aber global kaum relevant, da das Wachstum aus Ländern kommt, wo Entwicklungsfragen und die Überwindung von bitterer Armut im Vordergrund stehen. Ein materiell bescheidener Lebensstil ist für uns reiche Schweizer aus verschiedenen Gründen sinnvoll und erstrebenswert. Wenn wir aber einen Einfluss auf die globale Umweltbelastung haben wollen, müssen wir primär die Zunahme der Weltbevölkerung um weitere ca. 3 Milliarden Menschen bis Ende des 21. Jahrhunderts verkleinern, z.B. indem wir allen Menschen Zugang zu Familienplanung ermöglichen.

- ¹ Arrow Theorem: Das vom Ökonomen Kenneth Arrow 1950 formulierte «General Impossibility Theorem» stellt ein grundsätzliches Problem für alle sozialwissenschaftlichen Theorien dar, die versuchen, Regeln für soziale Entscheidungen auf Basis individueller Präferenzen zu beschreiben. Praktisch stellt das Theorem die Möglichkeit einer eindeutigen Bestimmung eines «Gemeinwohls» mit Hilfe abstrakter Regeln, zum Beispiel in Form von Abstimmungsregeln o. ä. in Frage. Das Problem trifft jedoch auch kollektivistisch argumentierende Theorien und Ideologien, insofern es darauf verweist, dass – unterstellte – Kollektivinteressen immer im Widerspruch zu anderen Interessen selbst der Mehrheit der Mitglieder des Kollektivs stehen können. (Quelle Wikipedia).
- ² Siehe <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/bodennutzung-bedeckung/siedlungsflaechen/einwohner.html>
- ³ Siehe <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/alle-indikatoren/wirtschaft/reales-bip-pro-kopf.html>
- ⁴ Der Zementverbrauch pro Kopf lag 1990 bei 836kg, 2018 noch bei 573kg. Der jährliche Zuwachs von PKWs pro Kopf lag 1975 – 1980 bei 4.6%, von 2015 bis 2020 nur noch bei 0.13%. Der Fleischkonsum pro Kopf sinkt seit längerem, alleine von 2018 auf 2019 sank er um 1.5%. Die CO2-Emissionen pro Kopf lagen 1985 noch bei rund 6.4 Tonnen, 2018 noch bei 4.8 Tonnen; da es dazu verschiedene Methoden gibt ergänzend noch der Primärenergiekonsum pro Kopf: in 2001 rund 190 Gigajoule, in 2019 rund 132 Gigajoule.
- ⁵ Siehe dazu die Erklärungen in Wikipedia, insbesondere die Bemerkungen zur Entropie.

Dr. Benno Büeler,
Vorstandsmitglied ECOPOP



I M P R E S S U M

Präsident: Roland Schmutz, Epsach, BE
 Redaktion: Andreas Thommen, Benno Büeler, Gaetano Paganini
 Adresse: ECOPOP Sekretariat, Postfach 14, 5078 Effingen
 Telefon: 056 511 51 66, Mobile: 079 534 17 62
 E-Mail: sekretariat@ECOPOP.ch,
 Spenden: Postkonto 30-35461-7

Patronatskomitee: Margrit ANNEN-RUF, Sigriswil | Dr. iur. Bernhard GELZER, Basel | Prof. Jürg A. HAUSER, Weggis | Dr. med. Roland MATTER, Basel | Walter PALMERS, Sursee | Prof. Hans W. POPP, Liebfeld | Prof. Manfred REHBINDER, Zürich | Dr. Philippe ROCH, Russin | Prof. Peter SCHIESS, Basel | Prof. Dieter STEINER, Zürich | Prof. Axel MEYER, Konstanz | Prof. Paul EHRlich, Stanford, USA.

POSTWACHSTUMSÖKONOMIE

Eine Auslegeordnung von Gaetano Paganini

GESTALTER UND BEKÄMPFER

In der Diskussion um das Wirtschaftswachstum im Kapitalismus* können vor allem zwei Gruppen identifiziert werden. Für diesen Artikel werden diese als Wachstums-Gestalter und Wachstums-Bekämpfer definiert. Die Postwachstumsökonomie nimmt den Wachstumszwang als den fatalsten Systemfehler des modernen Kapitalismus wahr.

Die Ressourcenwirtschaft und Umweltökonomie gehören beide zu den Gestalterinnen, wobei sich die erste auf die Nutzung von begrenzten Ressourcen und sich die zweite auf die Lösungsmöglichkeiten von Umweltproblemen unter Berücksichtigung des Allokationsproblems der knappen Umweltgüter befasst.

Die ökologische Ökonomie und Gemeinwohl Ökonomie gehören zu den Bekämpferinnen, wobei beide breit gefächerte Ansätze verfolgen und die Gemeinwohl Ökonomie vor allem normative Werte als Zielgrösse definiert. Die ökologische Ökonomie ist ein transdisziplinäres Wissenschaftsfeld, das sich mit der Erforschung von Handlungsmöglichkeiten angesichts ökologischer Grenzen befasst. Das Ziel der Gemeinwohl Ökonomie ist ein Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohl-fördernden Werten aufgebaut ist. Dabei soll auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene Einfluss genommen werden.

Wie der Name schon verrät, ist die Postwachstumsökonomie eine Bekämpferin. Sie nimmt den Wachstumszwang als den fatalsten Systemfehler des modernen Kapitalismus wahr.

POSTWACHSTUMSÖKONOMIE

Der Begriff der Postwachstumsökonomie wurde 2006 von Niko Paech als eine Wirtschaftsform definiert, welche zur Versorgung des menschlichen Bedarfs nicht auf das Wirtschaftswachstum angewiesen ist. Auf seiner Webseite postwachstumsoekonomie.de nennt Niko Paech vier Gründe, warum wir zwangsläufig eine Postwachstumsökonomie anstreben müssen. Die Lösung für das Problem wird danach in 5 Punkten erläutert, siehe unten!

VIER GRÜNDE FÜR DIE ALTERNATIVLOSIGKEIT EINER POSTWACHSTUMSÖKONOMIE

1. Die Möglichkeit, in Geld und über Märkte transferierte Wertschöpfung systematisch von ökologischen Schäden zu entkoppeln, entbehrt jeder theoretischen und empirischen Grundlage.
2. Nach Erreichen eines bestimmten Niveaus bewirken Zunahmen des Einkommens bzw. Konsums keine weitere Steigerung des individuellen Wohlbefindens (Lebenszufriedenheit oder

sogenantes «Glück») mehr.

3. Die soziale Logik des Wachstumsimperativs, wonach Hunger, Armut oder Verteilungsungerechtigkeit durch ökonomische Expansion zu beseitigen sei, ist hochgradig ambivalent. Das Eintreten kontraproduktiver sozialer Effekte des wirtschaftlichen Wachstums ist nicht minder wahrscheinlich.
4. Wirtschaftswachstum stösst an ökonomische Grenzen. Das als «Peak Oil» apostrophierte Phänomen einer zu erwartenden Ressourcenverknappung weitet sich absehbar dergestalt aus, dass von einem herannahenden «Peak Everything» auszugehen ist. Insbesondere die explosionsartige Nachfragesteigerung von Aufsteigerationen wie China und Indien führt zu einer entsprechenden Verteuerung jener Ressourcen, auf deren bislang vermeintlich unbegrenzter Verfügbarkeit der materielle Wohlstand basierte.

FÜNF SCHRITTE ZUR UMSETZUNG

Der Weg zur Postwachstumsökonomie fusst auf fünf Entwicklungsschritten, die sich auf einen Wandel von Lebensstilen, Versorgungsmustern, Produktionsweisen und auf institutionelle Innovationen im Bereich des Umgangs mit Geld und Boden beziehen:

1. Entrümpelung und Entschleunigung. Es entspricht ökonomischer Logik in Reinform, sich klug jenes Ballasts zu entledigen, der Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen beansprucht, aber nur minimalen Nutzen stiftet. Eine solchermassen begründete Suffizienzstrategie konfrontiert die Suche nach weiteren Steigerungen von Güterwohlstand und Komfort mit einer Gegenfrage: Von welchen Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken liessen sich übervolle Lebensstile und schliesslich die Gesellschaft als Ganzes befreien?
2. Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Wer von monetär basierter Fremdversorgung abhängig ist, verliert seine Daseinsgrundlage, wenn die Geld speiende Wachstumsmaschine ins Stocken gerät. Sozial stabil sind nur Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Dazu zählt die Reaktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener Fertigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen. Durch eine Umverteilung der Erwerbsarbeit liessen sich Selbst- und Fremdversorgung so kombinieren, dass die Geld- und Wachstumsabhängigkeit sinkt. Eigenarbeit, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten,

Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Einrichtungen zur Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen etc. würde zu einer graduellen De-Globalisierung verhelfen.

3. Regionalökonomie. Viele Bedürfnisse liessen sich durch regionale Märkte, verkürzte Wertschöpfungsketten bis hin zu Konzepten wie der Community Supported Agriculture (CSA = gemeinschaftlich unterstützte Landwirtschaft) befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalisierten Transaktionen abkoppeln. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.
4. Stoffliche Nullsummenspiele. Konsumansprüche, die sich nicht entrümpeln oder durch lokale/regionale Versorgungsstrukturen substituieren lassen, bilden die weiter zu minimierende Restgrösse an industrieller und ggf. globalisierter Produktion. Die damit korrespondierenden Produkte und Infrastrukturen liessen sich über noch weitgehend unausgeschöpfte Möglichkeiten der Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung dergestalt optimieren, dass anstelle zusätzlicher materieller Produktion die Instandhaltung und Aufwertung bereits vorhandener Artefakte träte.
5. Institutionelle Innovationen. Zur Milderung systemimmanenter Wachstumszwänge ist eine Boden- und Geldreform nötig. So könnten Regionalwährungen mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen werden. Weiterhin wäre die noch immer fehlende Abschätzung, Zurechnung und Deckelung von Umweltbeanspruchungen dadurch zu beheben, dass der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff durch individuelle CO₂-Bilanzen konkretisiert wird. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. 2-3 Tonnen), das allerdings handelbar wäre. Die Summe aller Kontingente dürfte höchstens der globalen Gesamtbelastung entsprechen, die mit der Einhaltung des Zwei-Grad-Klimaschutzziels vereinbar wäre.

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM?

In dieser wohldurchdachten Argumentation fehlt das Bevölkerungswachstum vollständig. In einem Vortrag von Niko Paech hatte der Präsident von ECOPOP, Roland Schmutz die Möglichkeit, Herrn



Niko Paech, prominenter Verfechter der Postwachstumsökonomie



Kohlemine in China

Paech bezüglich seiner Meinung zum Bevölkerungswachstum zu fragen. Niko Paech erwiderte, dass das Bevölkerungswachstum kein Problem sei, da immer mehr Menschen in die Städte wandern würden und die Menschen in Städten tendenziell weniger Kinder haben. Die Postwachstumsökonomie thematisiert also das Bevölkerungswachstum nicht.

KOMMENTAR

Die Idee der Postwachstumsökonomie von Niko Paech strebt einen fundamentalen Umbau unserer Gesellschaft an. Das entfaltet naturgemäss viel Diskussionspotential, welcher dieser Artikel auch nicht mal ansatzweise ansprechen kann. Deshalb soll hier auf ein paar subjektiv gewählte Punkte eingegangen werden. Es sei noch vermerkt, dass sich gewisse Punkte auf Aussagen berufen, welche hier nicht abgedruckt sind, aber auf der Webseite der Post-

wachstumsökonomie zu finden sind.

- > Den Mut von Niko Paech muss man anerkennen. Denn er formuliert Argumente, um ein Problem zu identifizieren und klar zu benennen. Zusätzlich schlägt er auch eine Lösung vor. Dabei sind weder seine Problemidentifikation noch seine Lösung populär. Dies ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, solange die Beteiligten den Mut haben, ihre Ideen kritisch zu hinterfragen und zu verwerfen, wenn diese von Argumenten und Fakten widerlegt worden sind.
- > Viele Ansätze der Postwachstumsökonomie werden schon jetzt erfolgreich praktiziert, z.B. Regionalökonomie, Entrümpelung des Lebens, lokale Währungen. Aber keiner kann vorhersehen was passieren würde, wenn die gesamte oder grosse Teile der Wirtschaft die Ideen der Postwachstumsökonomie übernehmen würde.
- > Das Fundament der Postwachstumsökonomie ist die Annahme, dass der Wachstumszwang des Kapitalismus in einem höheren Ressourcenverschleiss münden muss. Stimmt diese Annahme nicht, fällt die Postwachstumsökonomie grösstenteils in sich zusammen. Hier sei kurz auf die Studie und das Buch «Mehr aus weniger» von Andrew McAfee verwiesen, welche die Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch mit Fakten untermauert (<https://andrewmcafee.org/>).
- > Bei diesem vorgeschlagenen fundamentalen Umbau unserer Gesellschaft stellt sich die Frage, mit welcher Geschwindigkeit und mit wie viel Zwang dieser Prozess vollzogen werden könnte. Karl Popper mahnte die Politiker, ihre Politik mit kleinen Schritten zu verfolgen, da jede Handlung unbeabsichtigte Auswirkungen haben kann. Und genau da müssen die Postwachstumsökonomien darlegen, wie dieser Umbau genau vollzogen werden soll.

- > Die Postwachstumsökonomie stellt sich als unumgänglich dar. Diese Haltung sollte kritisch hinterfragt werden, denn sonst kann sie die Menschen nur allzu leicht dazu verleiten, mit dem Denken aufzuhören und mit dem dogmatisieren anzufangen. Dasselbe Bescheid wissen man aber auch von gewissen Ökonomen bezüglich dem Wachstum behaupten.
- > Menschliche Attribute wie Neid, Geltungsdrang, Sinnsuche im Unsinn werden angesprochen und als Probleme definiert, welche sich vor allem in der Wachstums-Ökonomie gut entfalten können. Dieser Einschätzung kann entgegengebracht werden, dass diese Attribute auch in einer Postwachstumsökonomie nicht verschwinden werden. Die philosophische Sinnsuche kann zwar anstrengend und bisweilen kontraproduktiv sein, sie ist jedoch ein grossartiges Erbe, dass vor 2600 Jahren im damaligen Griechenland ihren Anfang nahm. Die Rede ist hier von der Transformation von der geschlossenen zur offenen Gesellschaft, wie es Karl Popper formuliert hat: Mit dem Verlassen der geschlossenen Gesellschaft und dem Eintritt in die offene Gesellschaftsentwicklung verliert der Mensch das Gefühl der Geborgenheit in einem kollektiven Ganzen, wo der eigene Status von vornherein feststeht und keine weitreichenden persönlichen Entscheidungen erforderlich sind. Dadurch eröffnet sich aber eine riesige Bandbreite von Möglichkeiten, welche auf die Menschen angsteinflössend wirken können. Jedoch wäre unsere Zivilisation ohne diese Entwicklung unvorstellbar, was denn auch für diese Zeilen hier gilt, die Sie jetzt gerade lesen. Wir sollten also die Sinnsuche nicht als Problem, sondern als Chance sehen.

SCHLUSSWORT

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und dem Wachstumszwang sind wichtig und notwendig. Am Ende sollten aber unsere Entscheidungen auf Fakten gründen und unsere Ziele klar definiert sein. Die kritische Auseinandersetzung mit unseren Ideen sollte aber nie enden, unabhängig davon, ob wir sie in die Realität übertragen oder nicht.

**Gemeint ist der Kapitalismus nach westlicher Manier, als auch der Staatskapitalismus einiger kommunistischer Staaten.*

Gaetano Paganini,
Vorstandsmitglied
ECOPOP



Kohlemine in China

Wirtschaftswachstum entkoppelt vom Ressourcenverbrauch

DAS ENDE DER MATERIALSCHLACHT?

Von Andreas Thommen

Kann das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Könnte also die Wirtschaft wachsen, ohne dass wir die Umwelt immer mehr belasten? Diese Frage lässt sich nicht so einfach beantworten. Die Schweizer Wirtschaft kommt immer mehr weg von industrieller Produktion hin zum Dienstleistungssektor. Wir gehen in diesem Artikel der Frage nach, wie sich dies bisher auf die Materialflüsse ausgewirkt hat.

In einer Wohlstandsgesellschaft wie der schweizerischen werden jährlich unglaubliche Mengen an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Energie benötigt, um alles am Laufen zu erhalten. Durch ihre Wirtschaftstätigkeit verlagert und nutzt die Schweiz grosse Mengen von Material. Sie baut natürliche Ressourcen ab, stellt Produkte her und verbraucht Güter. Die Rohstoffe werden in der Schweiz oder im Ausland gewonnen, zu Produkten verarbeitet, oft über grosse Distanzen transportiert, manchmal während Jahren gelagert, zum Teil recycelt, bevor sie früher oder später wieder in die Umwelt ausgestossen werden. Beispiele gefällig?

BEISPIEL FLUGBENZIN

Im Jahr 2019 verkehrten am Flughafen in Zürich 31,5 Mio Passagiere in 275'000 Flugzeugen. Zusätzlich wurden 334'000 Tonnen Luftfracht bewegt. Dazu benötigte der Flughafen 1,78 Mio m³ Kerosin.

Etwas anschaulicher: Um den Flughafen Zürich mit Sprit zu versorgen fahren jeden Tag (!) 2 ganze Güterzüge à 30 Zisternwagen mit insgesamt 3900 Tonnen Kerosin vom Rheinhafen Basel nach Zürich! (Quelle: Flughafen Zürich, Zahlen und Fakten 2019).

Zum Vergleich: ein Linienflug nach New York und zurück benötigt etwas 50 – 55'000 Liter Kerosin. Diese Energiemenge reicht für 292 Fahrten im Zug von Zürich nach Paris und retour. Pro Passagier (Bei 320 Passagieren/Flugzeug) werden so ca. 2,6 Tonnen CO₂ in die Luft geblasen! (Quelle: <https://blog.sbbcargo.com/29290/kerosintransporte/>)

BEISPIEL AUSHUB

Zurzeit suchen die Kantonsregierungen in der Nordwestschweiz verzweifelt nach neuen Deponien für frischen Aushub aus Baugruben. Pro Einwohner

wurden 2019 im Kanton Aargau 3.97 m³ Aushub abgelagert (2019, 685'424 Einwohner). Dies entspricht ca. 7 Tonnen Aushubmaterial pro Einwohner und Jahr! Unglaublich, oder?

Solche verblüffende Zahlenspiele liessen sich hier noch unendlich weiterführen. Was fast allen gemeinsam ist: unsere Gesellschaft betreibt eine unglaubliche Materialschlacht. Befeuert wird das ganze mit Energie, welche vornehmlich fossil ist.

UNSER MATERIAL-FUSSABDRUCK

Aber werfen wir doch mal einen Blick auf das Ganze. Die Bilanz der Materialflusskonten gibt einen Überblick über diese Prozesse.

Im Jahr 2018 hat die Schweizer Wirtschaft 7,0 Tonnen Materialien pro Einwohner und Jahr gewonnen und zusätzlich 6,1 Tonnen pro Einwohner importiert. Insgesamt ist der Input an Materialien in die Schweiz grösser als die Menge an Material, das die Schweiz wieder verlässt. Dies führte im Jahr 2018 zu einem Lagerzuwachs in der Schweiz von 6,7 Tonnen pro Einwohner (ohne deponierter Abfall und Aushub, siehe weiter oben!), was insbesondere auf die fortschreitende Bautätigkeit zurückzuführen ist. D.h. ca. 6,7 t Material wurden «verbaut»!

ZUWACHS DES «MATERIALLAGERS DER SCHWEIZ»

| Materialmengen in Tonnen pro Person | 1990 | 2000 | 2010 | 2018 | 2019 ¹ |
|-------------------------------------|------|------|------|------|-------------------|
| Inländische Gewinnung | 10,0 | 8,4 | 8,0 | 7,0 | 7,0 |
| Ungenutzte inländische Gewinnung | 8,6 | 7,2 | 7,9 | 7,3 | - |
| Importe | 6,9 | 6,3 | 6,6 | 6,1 | 6,1 |
| Exporte | 1,3 | 2,2 | 2,1 | 2,1 | 2,0 |
| Emissionen in die Natur | 8,5 | 8,1 | 7,7 | 6,5 | - |
| Netto-Lagerzuwachs ² | 9,4 | 6,8 | 7,4 | 6,7 | - |

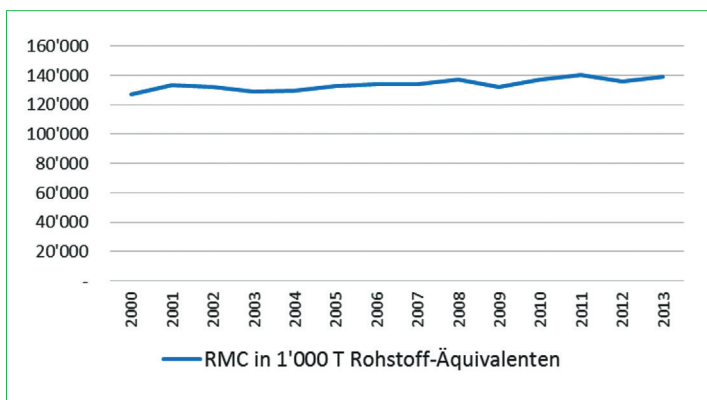
¹ Schätzung, ² ohne deponierter Abfall. Quelle: BFS

Jetzt fragt sich, wie sich der Ressourcenverbrauch des ganzen Landes entwickelt. Der Material-Fussabdruck (RMC = Raw Material Consumption)

zeigt die Gesamtmenge der Rohstoffe, die in der Schweiz oder im Ausland zur Deckung der schweizerischen Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen verbraucht werden. Er umfasst alle aus der Natur entnommenen Materialien ausser Wasser und Luft. Im Jahr 2013 belief er sich auf rund 139 Mio. Tonnen. Die Entwicklung des RMC wird stark durch die nichtmetallischen Mineralien geprägt. Diese werden hauptsächlich in der Baubranche eingesetzt (Sand, Kies usw.).

Mit rund 17 Tonnen pro Kopf liegt er im Jahr 2013 über dem europäischen Durchschnitt von rund 14 Tonnen pro Kopf (EU-27). Zwischen 2000 und 2013 hat der Material-Fussabdruck um rund 9% zugenommen (BFS). *Quelle: BAFU/BFS*

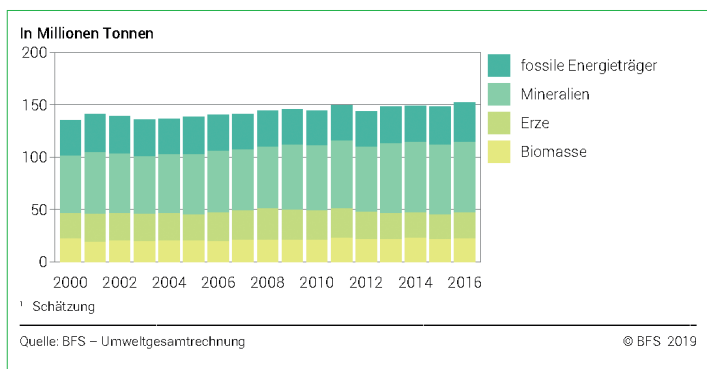
MATERIAL-FUSSABDRUCK



Der Material-Fussabdruck der Schweiz hat von 2000 bis 2013 um rund 9% zugenommen.

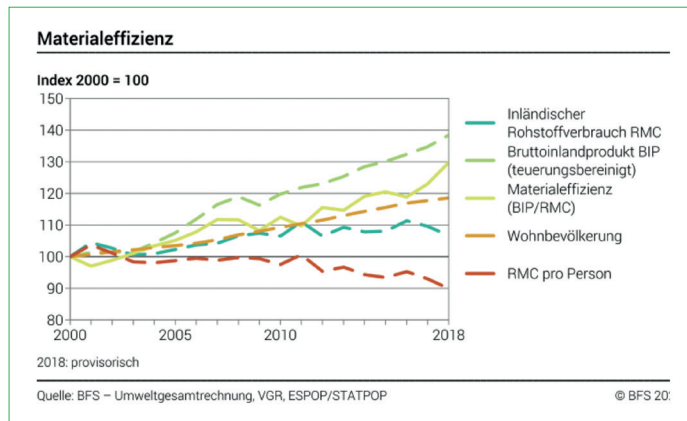
In den letzten 5 Jahren (neuere Daten bis 2018), hat der Materialfluss wieder leicht abgenommen. Siehe Grafik unten. Interessant ist auch die Zusammensetzung der erhobenen Materialien.

LEICHTER RÜCKGANG DES RMC AB 2013



Aus Sicht von ECOPOP ist folgende Grafik wichtig. Diese zeigt die «Materialeffizienz».

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND RESSOURCENVERBRAUCH



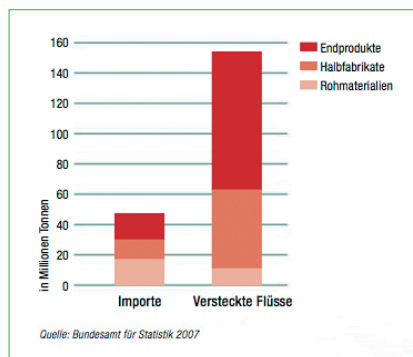
Diese Grafik zeigt deutlich: Während das Bruttoinlandsprodukt steigt, nimmt gleichzeitig der Rohstoffverbrauch pro Kopf ab. Weil aber auch die Bevölkerung wächst, stagniert der Gesamt-Rohstoffverbrauch auf hohem Niveau, siehe Grafiken zum RMC oben.

Um zur Eingangsfrage zurückzukommen. Wir benötigen bei steigender Wirtschaftsleistung immer weniger Ressourcen! Es ist also möglich, das Bruttoinlandsprodukt zu steigern, ohne den Ressourcenverbrauch zu erhöhen. Bravo!

AUSGELAGERTE MATERIALFLÜSSE

Nun stellt sich die nächste Frage: haben wir nicht einfach unsere Bilanz verbessert, weil wir einen grossen Teil der industriellen Produktion ins Ausland verlagert haben? Schlüssig lässt sich diese Frage nicht beantworten, auch weil aus dem Ausland oft zu wenig Daten vorliegen.

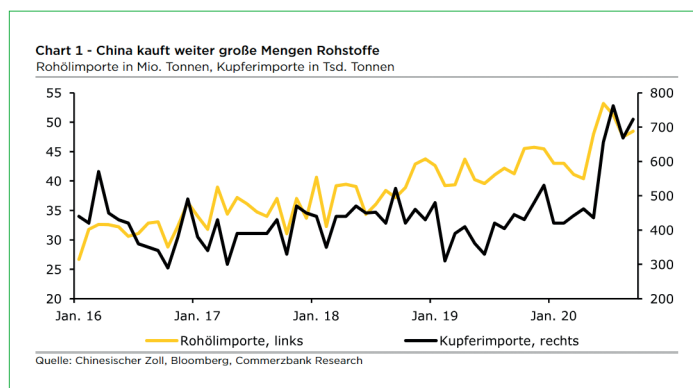
IMPORTE UND VERSTECKTE MATERIALFLÜSSE IM AUSLAND



Aber fest steht: reiche Länder wie die Schweiz, die den weltweiten Warenaustausch antreiben, stehen besonders in der Verantwortung. 40 Tonnen pro Kopf und Jahr betragen die direkten und indirekten Materialflüsse, die für die Importe unserer Wirtschaft, für unseren Konsum und unseren Lebensstandard nötig sind. Zwei Drittel dieser Flüsse fallen jedoch im Ausland an. Es sind die versteckten Industrieprozesse, welche in Autos, Elektronikgeräten oder Nahrungsmitteln stecken.

Der «Rohstoffhunger» Chinas, als weltweit bevölkerungsreichstes Land aber eben auch als «Werkbank der Welt» ist legendär. Siehe nächste Grafik.

DER «ROHSTOFFHUNGER» CHINAS



Quelle: <https://www.ideas-news.de/news-detail/chinas-rohstoffhunger-ist-noch-immer-nicht-gestillt>

VERSTECKTE IMPORTE UND UMWELTBILANZ

So verfügt heute der durchschnittliche Schweizer Haushalt über mehrere Mobiltelefone, von denen jedes aus über 40 verschiedenen Metallen besteht.

UMWELTBILANZ AM BEISPIEL VON GOLD IN HANDIES

In einem handelsüblichen Handy stecken nur 0,034 g Gold, jedoch müssen für den Abbau des Goldes mindestens 100 kg Erde und Gestein bewegt werden. Bei der weiteren Verarbeitung fallen außerdem große Mengen toxischer Substanzen wie Quecksilber oder Zyanid an, um das Gold vom übrigen Gestein zu trennen. Nicht außer Acht zu lassen sind auch die Arbeitsbedingungen. Gerade in Entwicklungsländern werden Rohstoffe oft unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen abgebaut, bei niedrigen Löhnen. Daher gilt es, nicht nur das Endprodukt zu betrachten, sondern einen Schritt weiter zu gehen und auch die Rohstoffgewinnung, die Aufbereitung und die Weiterverarbeitung, also die gesamte Wertschöpfungskette miteinzubeziehen.

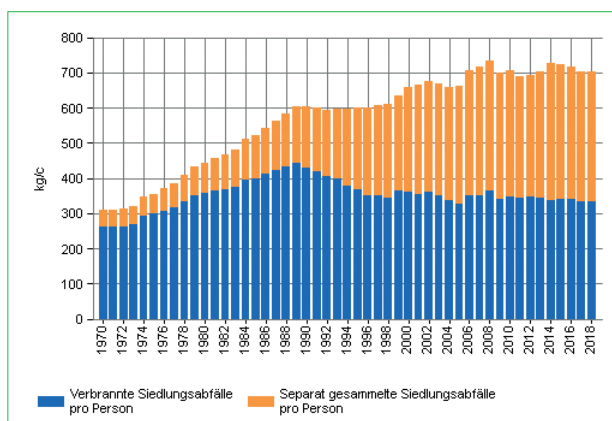
Quelle: <https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/180054/materialeffizienz>

Allein zu deren Gewinnung werden jährlich Millionen Tonnen Erzgestein bewegt (Daten BFS, 2013). Eine weitere wichtige Frage wäre dann deren Umweltbilanz, siehe Kasten unten linke Spalte.

WO SICH ABFALLBERGE TÜRMEN

Die stetige Zunahme der Bevölkerung und der steigende Wohlstand verursachen immer mehr Abfälle, die verbrannt oder wiederverwertet werden müssen. Der damit verbundene Energieverbrauch und der Ausstoss von Schadstoffen in Kehrlichtverbrennungsanlagen konnten in der Schweiz durch hohe Entsorgungsstandards (z. B. Recycling!) und technische Massnahmen deutlich reduziert werden. Problematisch ist eine hohe Abfallmenge vor allem deshalb, weil sie mit einem hohen Ressourcenverbrauch verbunden ist.

SIEDLUNGSABFÄLLE PRO PERSON



Quelle: Grafik: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/>, Daten-Quelle: KVA, Recyclingverbände

Bis 2003 sind bei den «verbrannten Siedlungsabfällen pro Person» auch die importierten Abfälle mitberücksichtigt; ab 2004 nicht mehr.

Die Menge der Siedlungsabfälle lag im Jahr 2018 bei 703 kg pro Person, dies sind 100 kg mehr als im Jahr 1990. Dieser Anstieg ist vor allem durch die gute Konjunktur in diesem Zeitraum zu erklären. Die Zunahme der Abfallmenge wurde durch eine verbesserte Recyclingquote weitgehend aufgefangen. Der Anteil der Abfälle, der in Kehrlichtverbrennungsanlagen (KVA) entsorgt wird, war in den letzten Jahren sogar leicht rückläufig.

Die relativ hohe Abfallmenge stellt heute zwar in Bezug auf die Entsorgung keine grosse Umweltbelastung mehr dar. Sie deutet aber darauf hin, dass der Ressourcenverbrauch der Schweiz nach wie vor sehr hoch ist. Aus diesem Grund wird der Zustand vom BAFU als schlecht beurteilt. Da eine deutliche Abnahme wünschenswert wäre, muss die leichte Rückläufigkeit der in KVA entsorgten Abfälle als unbefriedigend angesehen werden.

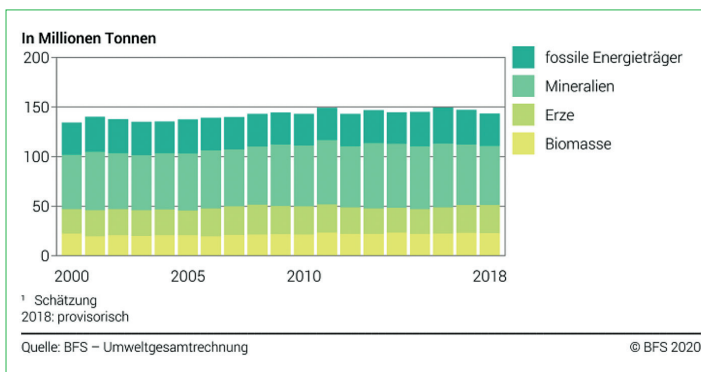


Goldmine in Australien

LEICHTE VERBESSERUNG BEI DEN EMISSIONEN

Die Gesamtemissionen der Schweiz lagen 2018 bei 55 Millionen Tonnen, was rund 6,5 Tonnen pro Einwohner und Jahr entspricht. Den Hauptanteil bilden die Emissionen in die Luft (in der Grafik gelb) und davon insbesondere die CO₂-Emissionen. Der Rest landet in Deponien. Im Jahr 2018 machten die Emissionen in die Luft 93% und CO₂ allein 92% der Gesamtemissionen aus. 84% der CO₂-Emissionen stammten aus fossilen Quellen, hauptsächlich Erdöl.

SCHWEIZER EMISSIONEN IN DIE NATUR ZWISCHEN 1990 UND 2018



Zwischen 1990 und 2018 sind die Emissionen in die Natur pro Einwohner um rund 24% von 8,5 auf 6,5 Tonnen zurückgegangen. Weil in diesem Zeitraum die Bevölkerung der Schweiz aber um 1,4 Millionen Personen gewachsen ist, stagniert die Gesamtemission auf hohem Niveau.

MASSNAHMEN DES BUNDES FÜR EINE RESSOURCENSCHONENDE, ZUKUNFTSFÄHIGE SCHWEIZ

Der Bundesrat hat im Juni 2020 den Bericht «Massnahmen des Bundes für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Schweiz (Grüne Wirtschaft)» des UVEK zur Kenntnis genommen und hat verlauten lassen: «Einiges wurde bereits erreicht, doch der Ressourcenverbrauch steigt weiterhin an, mit negativen Folgen für die Umwelt, die Biodiversität und das Klima. Das UVEK wird daher beauftragt bis Ende 2022 Massnahmen zur Ressourcenschonung zu erarbeiten.»

FAZIT VON ECOPOP

Dank grossen Bemühungen der Politik und der Wirtschaft hat sich der pro Kopf Verbrauch an Ressourcen aber auch der Ausstoss an Abfall und Emissionen verbessert. Dazu beigetragen haben sicher auch viele umweltbewusste MitbürgerInnen! Da

aber die Bevölkerung der Schweiz immer noch in rasendem Tempo wächst, werden alle diese Erfolge in der Gesamtbilanz laufend zunichte gemacht. Einmal mehr beweisen die Daten: eine verbesserte Umweltbilanz der Schweiz bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum wird kaum möglich sein. Oder anders gesagt: die Schweiz hätte in den letzten 20 Jahren viele Umweltziele erreichen können, wenn nicht die Bevölkerung in der gleichen Zeit so stark gewachsen wäre.

STEIGENDER FUSSABDRUCK BEI WIRTSCHAFTSMIGRATION

Das gleiche trifft auch auf den globalen Fussabdruck zu, wächst doch durch die Migration in die Schweiz die Kaufkraft und der Konsum der Immigranten massiv. Die Kaufkraft dürfte sich, je nach Herkunftsland, um einen Faktor von mindestens 2 (bei Immigration aus Südeuropa) bis auf einen Faktor von 10 (bei Immigration aus Syrien und dem mittleren Osten) und einen Faktor 20 oder mehr (bei Immigration aus den Subsahara-Staaten) steigern. Dazu kommt ein klima- und systembedingter höherer Fussabdruck in der Schweiz. Ein Meter Strasse, ein Meter Schienenstrang, ein Meter Zugperron, ein Quadratmeter Wohnfläche wird in der Schweiz sehr viel aufwändiger erstellt als das Entsprechende in einer der vorgenannten Regionen, sei es wegen dem Klima oder den Qualitätsansprüchen. So trägt die ungebremste Migration in die Schweiz und die damit verbundene Bautätigkeit direkt zu einem höheren globalen Fussabdruck bei. Sinnvoller als unsere Wirtschaft immer weiter aufzublasen, wäre es unseres Erachtens, wenn die Schweiz mithilft, in Ländern mit grossem Migrationsdruck Arbeitsplätze zu schaffen und so deren Lebensbedingungen zu verbessern.

Andreas Thommen
Geschäftsführer ECOPOP

Debatte zur Volksabstimmung vom 7. März: JA ODER NEIN ZUM FREIHANDELSABKOMMEN MIT INDONESIAEN?

Eine Auslegeordnung von Andreas Thommen

Der Bundesrat mit kräftiger Unterstützung von Wirtschaftsverbänden weibelt zurzeit für ein JA zur Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der EFTA (Schweiz, Island, Liechtenstein und Norwegen) mit Indonesien. Es geht vor allem um den Abbau von Zollschranken und den Schutz geistigen Eigentums. Umstritten ist die Nachhaltigkeitsregelung betreffend des Importes von indonesischem Palmöl. Linksgrüne Kreise und die Umweltorganisationen sind in der Frage gespalten. Ebenso der Vorstand von ECOPOP. Wir machen daher keine Abstimmungsempfehlung, erlauben uns aber ein paar kritische Bemerkungen zur aktuellen Debatte.



Neugepflanzte Palmölplantage in Indonesien

ECOPOP setzt sich sowohl für bessere Lebensbedingungen in armen Ländern ein, als auch für den Schutz der Natur. Das geplante Freihandelsabkommen tangiert beide Aspekte.

UMSTRITTENES PALMÖL

Das Referendum gegen das Freihandelsabkommen wurde von der globalisierungskritischen, kleinen Bauernorganisation Uniterre ergriffen. Sie befürchtet, dass die schweizerische Raps- und Sonnenblumenölproduktion vom billigen Palmöl konkurrenziiert wird. Die Schweiz hat in den letzten Jahren durchschnittlich 32'000 Tonnen Palmöl aus der ganzen Welt importiert, nur rund 800 davon aus Indonesien, was ca. 2,5 Prozent entspricht. Der Bundesrat hält es für möglich, dass Indonesien seinen Marktanteil dank der geplanten Zollerleichterungen steigern kann – auf Kosten anderer Herkunftsländer wie etwa Malaysia. Der Bundesrat rechnet nicht damit, dass der Import von Palmöl insgesamt zunimmt. Die Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl in der Schweiz sei deshalb nicht gefährdet. Von diesem Argument hat sich auch der schweizerische Bauernverband überzeugen lassen.

Umweltorganisationen wie Pro Natura bemängeln, dass die zertifizierte Palmölproduktion zu wenig nachhaltig sei. Insbesondere die weitere Rodung von Primärwald für neue Plantagen wird befürchtet. Der Bundesrat hat deshalb in den Vertrag eingebaut, dass ökologisch zertifiziertes Palmöl Zollvergünstigungen erhält. Er hat dazu vier Zerti-

fizierungssysteme akkreditiert. Das wohl bekannteste darunter ist das RSPO-Gütesiegel (siehe KASTEN auf Seite 13!). Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace oder WALHI (die grösste Umweltorganisation Indonesiens) stellen sich hinter das Abkommen. Auch der WWF Schweiz befürwortet das Abkommen, wenn auch mit wenig Begeisterung. Ein ausführliches Argumentarium finden Sie im Kasten auf Seite 13.

DIFFERENZIERTE SICHT VON ECOPOP Zollabbau fördert den Handel

Seien wir ehrlich. Es ist klar, dass ein Abbau von Zollschranken den internationalen Handel und damit teils unsinnige Transporte befeuert. Tatsache ist aber auch, dass Indonesien diesen Welthandel dringend benötigt, wenn es wirtschaftlich vorwärts kommen will.

Palmöl ist nicht nur schlecht

Für Palmöl wird in den Hauptproduktionsländern Indonesien und Malaysia noch immer Primärwald abgeholzt. Dies ist natürlich eine beunruhigende Entwicklung. Aber haben wir dasselbe mit unseren Wäldern in Europa nicht schon vor 200 Jahren gemacht? Tatsache ist aber auch, dass Palmöl dreimal mehr Ölertrag als Raps-, Sonnenblumen- oder

Sojaöl liefert. Würden wir also die gleiche Menge Öl in der Schweiz produzieren, dann wäre dreimal soviel Land nötig. Zudem ist auch die Ölproduktion mit einjährigen Ackerkulturen ökologisch nicht ganz unproblematisch. Palmölplantagen sind also effizient, und immerhin mehrjährig. Zudem könnten diese, wenn man sich die Mühe machen würde, auch mit zusätzlichen Begleitmassnahmen noch ökologischer bewirtschaftet werden.



Auch die Erschliessung der Plantagen zerstört wertvollen Urwald.

Indonesien braucht Devisen

Es ist immer der gleiche Mecano. Die Schweiz möchte hochwertige (z.B. Pharmaprodukte) exportieren. Um diese zu bezahlen braucht ein Land Devisen. Indonesien ist, wie viele andere Entwicklungs- oder Schwellenländer, in vielen Sektoren nicht konkurrenzfähig, ausser z.B. bei Palmöl. Da hat Indonesien wegen dem günstigen Klima, «genügend Landreserven», «billigen Arbeitskräften» komparative Kostenvorteile, gegenüber unserem vergleichsweise teuren Rapsöl. Wie anders, wenn nicht mit landwirtschaftlichen Produkten oder Rohstoffen soll denn ein solches Land Devisen erwirtschaften, wenn es industriell nicht mitkommt?

Problem der Überbevölkerung

Was ist denn der Treiber, dass immer mehr Urwald abgeholzt wird, um darauf landwirtschaftliche Produkte, sei dies nun Soja (in Brasilien) oder Palmöl, zu produzieren? Einmal mehr muss ECOPOP darauf hinweisen: Haupttreiber ist auch hier das Bevölkerungswachstum. Hüben wie drüben! In der Schweiz leben zu viele Menschen, deren Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen nicht auf eigenem Boden befriedigt werden kann. Also decken wir uns im Ausland ein. Indonesien ist mit 270 Millionen Einwohnern das 4. Bevölkerungsreichste Land der Welt! Dort zerbricht man sich den Kopf, wie man

all diese Leute beschäftigen kann. Die Arbeit auf einer Palmölplantage ist dabei nicht die unbeliebteste. Der Autor hat dies vor 25 Jahren selber erlebt. Java, die Hauptinsel Indonesiens, war damals schon komplett überbevölkert. Als wir auf der, in den 90er Jahren noch wenig besiedelten Insel Sulawesi, (heute 16 Mio. Einwohner, 85 Einw./km²) mit dem Fahrrad unterwegs waren, wurden dort grad riesige Palmölplantagen auf- oder ausgebaut.

Schon damals lebten auf Sulawesi 200'000 Menschen aus Java, welche wegen der Arbeit in den Plantagen ausgewandert sind.

Zweifel am Nutzen der Zertifizierung

Selbst wenn die Zertifizierungsrichtlinien eingehalten und streng kontrolliert werden, woran berechnete Zweifel bestehen, dann heisst dies noch lange nicht, dass nicht weiter Urwald abgeholzt wird. Tatsache ist, dass grosse Nachfrager wie Russland oder China sich keinen Deut um Nachhaltigkeit scheren oder sich diese nicht leisten können. Das heisst, wir Schweizer erhalten dann zertifiziertes Palmöl aus nachhaltiger (das bedeutet bezüglich Rodungen auch nicht viel mehr, als dass der Urwald schon vor Jahren abgeholzt wurde!) Produktion, während dem sich andere Länder mit billigem, unzertifiziertem Öl aus neueren Rodungsflächen eindecken.

Unser Vorschlag: konkreter Waldschutz

Um diese Problematik der Substitutionsproduktion abzumildern schlagen wir ein weiteres, zusätzliches Vorgehen vor. Mit dem Geld, welches die Importeure durch die Zollvergünstigungen für zertifizierte Ware einsparen, könnte man eine Stiftung alimenterien, welche sich verpflichtet, Urwaldflächen in Indonesien aufzukaufen oder anderweitig vor Abholzung zu schützen. Dann wüsste man wenigstens, dass konkreter Urwaldschutz betrieben wird. Dies liesse sich einfacher vor Ort kontrollieren!

PRO und CONTRA – eine Auslegeordnung

(Quelle: homepage von Public Eye)

Die ansonsten sehr globalisierungskritische NGO Public Eye (ehemals «Erklärung von Bern») hat auf seiner Homepage ein gut recherchiertes Argumentarium veröffentlicht. Die differenzierte Betrachtungsweise der Pro- und Kontra-Argumente zum Freihandelsabkommen mit Indonesien ergibt für Public Eye kein eindeutiges Ergebnis, auf dessen Grundlage eine Ja- oder Nein-Parole vertretbar wäre.

Um den Stimmberechtigten eine Entscheidungsgrundlage zu ermöglichen, veröffentlichen wir hier die Argumente von Public Eye.

ARGUMENTE, DIE FÜR DAS ABKOMMEN SPRECHEN:

Wir haben politisch einiges erreicht, gerade im umstrittenen Bereich Palmöl. Zum ersten Mal verknüpft eine Sonderbestimmung den zollreduzierten Palmölexport direkt und verbindlich mit den Nachhaltigkeitsbestimmungen, eine Forderung, welche die Zivilgesellschaft seit Jahren stellt und die vom Bundesrat bisher kategorisch blockiert wurde. Damit haben wir erreicht, dass im Abkommen mit Indonesien kein Freihandel für Palmöl festgeschrieben wurde. Dies werten wir als Erfolg unseres starken politischen und zivilgesellschaftlichen Drucks auf die Verhandlungsparteien.

Die Verknüpfung von Zollkonzessionen mit Nachhaltigkeitsbedingungen entspricht dem so genannten PPM-Ansatz (Process and Production Method), bei welchem nachhaltig produzierte Produkte tariflich bevorzugt behandelt werden. Die Anwendung dieses innovativen Ansatzes ist ein Novum in Schweizer Handelsabkommen und birgt grosses Potenzial über das Abkommen mit Indonesien hinaus. Denn mit dieser vielversprechenden Entwicklung verfügen wir erstmals über einen Hebel, um Nachhaltigkeitsbestimmungen durchzusetzen. Diesen wollen wir in unserer politischen Arbeit nutzen, um in künftigen Freihandelsabkommen eine entsprechende Verknüpfung für weitere Produktkategorien zu fordern.

Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation WALHI in Indonesien, mit der wir eng zusammenarbeiten, sieht in der Verknüpfung mit Nachhaltigkeits-

PALMÖL UND DIE RSPO-ZERTIFIZIERUNG

(Quelle: utopia.de)

Palmöl ist das wichtigste Pflanzenöl der Welt. Allein in Deutschland liegt der jährliche Palmöl-Verbrauch laut WWF bei 1,8 Millionen Tonnen. Verwendet wird es vor allem für:

- > Biodiesel (40 Prozent!)
- > Lebensmittel
- > Futtermittel
- > Kosmetikprodukte

Um den großen Bedarf an Palmöl auf der ganzen Welt zu decken, werden große Flächen des südostasiatischen Regenwalds gerodet. Die Rodungen haben katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt. Sie zerstören den Lebensraum der Menschen und Tiere vor Ort, laugen die Böden aus und treiben den Klimawandel voran. Der Jahrhunderte alte Urwald muss riesigen Monokulturen weichen – darunter auch Plantagen für Bio-Palmöl.

RSPO-ZERTIFIZIERUNG: VOM WWF GEGRÜNDET

2011 startete die Umweltorganisation WWF den Versuch, Palmöl nachhaltiger zu machen. Dafür gründete sie **The Roundtable of Sustainable Palm Oil** (RSPO, «Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl»).

Der RSPO ist heute im Wesentlichen von der Industrie getragen – zu den Mitgliedern des RSPO zählen hauptsächlich Bauern, Händler und Produzenten, die mit der Gewinnung und Verarbeitung von Palmöl zu tun haben. Ziel des RSPO ist es, möglichst viele Palmöl-Produzenten zur Einhaltung von festgelegten **Mindeststandards** zu bewegen und dieses «nachhaltige» Öl für Kunden zu zertifizieren.

Zu den Mindestanforderungen zählen laut WWF:

- > keine Rodung von besonders schützenswerten Wäldern für neue Plantagen
- > Schutz gefährdeter Tier- und Pflanzenarten auf der Plantage
- > Schutz von Wasser, Boden und Luft
- > Einhaltung gesetzlicher Regelungen, darunter Landnutzungs- und Eigentumsrechte
- > keine Kinderarbeit, dafür Bildungsangebote für die auf der Plantage lebenden Kinder
- > Einbindung und Förderung von Kleinbauern
- > Kontrolle der Plantagen durch unabhängige, autorisierte Prüfer

Die RSPO-Kriterien, die 2018 überarbeitet und verschärft wurden, sehen unter anderem vor:

- > Palmöl-produzierende Unternehmen sollen sich an Gesetze halten und transparent handeln.
- > Sie sollen verantwortlich mit Ökosystemen und Umwelt umgehen.
- > Keine Brandrodung für neue Ölpalmen-Plantagen
- > Möglichst keine großflächigen Anpflanzungen auf empfindlichen Böden
- > Seit November 2018 keine neuen Plantagen auf Torfböden
- > Keine Rodungen besonders schützenswerter Gebiete
- > Pestizideinsatz reduzieren und dokumentieren
- > Maßnahmen zum Gewässerschutz
- > Unternehmen sollen Menschenrechte respektieren (Keine Kinder- oder Zwangsarbeit, keine Einschüchterungen von Aktivisten, keine Enteignungen).
- > Mechanismen zur Lösung von Landkonflikten

Der RSPO ist derzeit die wichtigste Zertifizierung für Palmöl: Nach eigenen Angaben sind 19 Prozent der weltweiten Palmöl-Produktion und 2,9 Millionen Hektar Anbaufläche RSPO-zertifiziert.

bestimmungen und im PPM-Ansatz im Allgemeinen ebenfalls eine Chance und will den Ansatz als Modell für die laufenden Verhandlungen mit der EU nutzen. Denn es gibt Anzeichen dafür, dass die indonesische Regierung die vereinbarten Nachhaltigkeitsbestimmungen ernst nimmt und bei deren Umsetzung auch die Zivilgesellschaft einbeziehen wird. Als Grundlage wird der revidierte RSPO-Standard (Roundtable on Sustainable Palm Oil) verwendet werden. In Indonesien stellt der RSPO eine klare Verbesserung gegenüber dem einheimischen Standard ISPO (Indonesian Sustainable Palm Oil) dar.

Die Nachhaltigkeitsanforderungen an indonesisches Palmöl führen zu einem faireren Wettbewerb gegenüber einheimischen Pflanzenölen wie Rapsöl. Damit wird nicht nur ein fairer anstelle eines freien Handels gefördert, sondern auch die lokale Produktion in der Schweiz gestärkt.

Mit den verbindlichen Nachhaltigkeitsanforderungen an zollreduziertes Palmöl und dem dafür vorgesehenen Kontingent scheint uns das Abkommen mit Indonesien ungeeignet, um mittels eines Referendums ein Exempel gegen Freihandel zu statuieren. Denn die Auflagen und die Kontingentierung für Palmöl entsprechen gerade nicht der Freihandelsdoktrin.

ARGUMENTE, DIE GEGEN DAS ABKOMMEN SPRECHEN:

Für den Nachweis von nachhaltig produziertem Palmöl soll das RSPO-Label verwendet werden. Der RSPO steht aber seit Jahren in der Kritik, dem eigenen Anspruch auf Nachhaltigkeit bei weitem nicht gerecht zu werden. Zwar wurde er im Jahr 2018 umfassend überarbeitet und die entsprechenden Standards substanziell verbessert, gerade auch bezüglich der Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten. Das Hauptproblem lag jedoch bisher bei den Kontroll- und Sanktionsmechanismen, die nicht greifen. Ob sich dies mit der Überarbeitung des RSPO verbessern wird, ist eine noch offene Frage.

Mit der Verwendung des RSPO als Nachhaltigkeitsnachweis überlässt es der Bundesrat der Privatwirtschaft bzw. dem RSPO, die korrekte Umsetzung der Standards zu überprüfen und bei Vergehen zu sanktionieren. Der Bundesrat sollte jedoch verstärkt eigene Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass das importierte Palmöl den Ansprüchen des Nachhaltigkeitskapitels entspricht – und regelmässig dazu Bericht erstatten.

Die Bestimmungen im Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens sind generell vage formuliert. Um deren Einhaltung (über Palmöl hinaus) zu überprüfen existieren keine griffigen Kontrollmechanismen. Stattdessen soll diese Aufgabe dem Gemischten Ausschuss übertragen werden. Dieser trifft sich jedoch normalerweise nur alle zwei Jahre und es fehlt unseres Wissens an einer weiterführenden Regelung, wie das Monitoring durch dieses Gremium ausgeführt wird. Zudem verpasst es der Bundesrat,

das Nachhaltigkeitskapitel – und damit auch die Bestimmungen zum Palmöl – der im Abkommen integrierten Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen.

Die Schweiz verpflichtet Indonesien auf einen strengeren Schutz des geistigen Eigentums (Patente auf Medikamente, Sortenschutz für Saatgut) und auf eine Liberalisierung des Bankensektors. Die Erfahrung zeigt, dass von solchen Bestimmungen in erster Linie die Pharma- und Finanzindustrie profitiert. Für die Bevölkerung in den Partnerstaaten bedeutet dies hingegen meist teurere Medikamente.

Andreas Thommen
Geschäftsführer ECOPOP



Fortsetzung Editorial von Seite 2

Schliesslich landet man bei der Frage: ist Wirtschaftswachstum systemimmanent, quasi ein unumstössliches Naturgesetz? Gemäss Thomas Liebsch, Autor des Buches «Zivilisationskollaps 2030-2050» ist dies so. Und zwar gilt dies nicht nur für unsere hochindustrialisierte, börsengetriebene Ökonomie sondern generell für alle Zivilisationen, seit der ersten Sesshaftigkeit vor 12'000 Jahren. Gemäss Liebsch ist eine Umkehr nur möglich, wenn wir unsere Einstellung zur Natur und unsere sozialen Umgangsformen komplett auf den Kopf stellen. Ob der Menschheit dies innert nützlicher Frist gelingt, sei dahingestellt. Liebsch betont immer wieder, einer der wichtigsten Treiber der Land- und Ressourcenhungrigen Zivilisationen sei das Bevölkerungswachstum. Immerhin ein Punkt, an welchem man ansetzen könnte. Ginge es nach ECOPOP, wäre zumindest dieses Problem schon weitgehend gelöst. Aber eben. Mehr Leute = mehr Konsumenten. Menschen mit viel Einfluss, z.B. aus der Bauwirtschaft, hätten da wenig Freude, wenn ausgerechnet diese simple Erweiterung ihrer Märkte abgeklemmt würde. Also, fügen wir uns dem Schicksal: es lebe das ewige Wachstum!

**Quelle: <https://www.handelszeitung.ch/konjunktur/wie-eine-gruene-wirtschaft-das-wachstum-befluegeln-kann-1211100>*

SAVE THE DATE!

JUBILÄUM 50 JAHRE ECOPOP

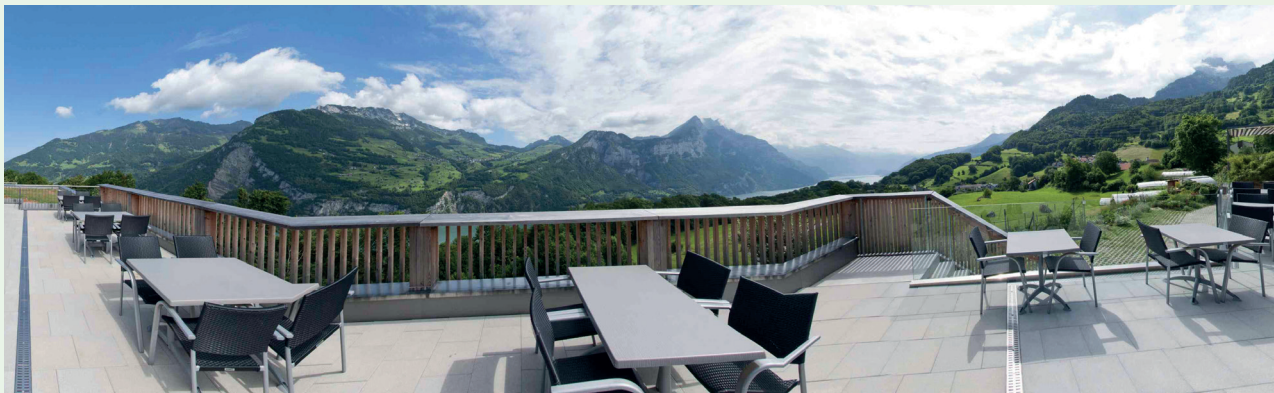
Auf Anregung von Prof. Gottlieb Flückiger wurde am 29.06.1971 der Verein ECOPOP, damals noch unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen offiziell gegründet.

Dieses Jubiläum wollen wir zusammen mit Ihnen gebührend feiern!

Wir laden alle Mitglieder, ehemalige Aktive, Gönnerinnen und Gönner sowie weitere Sympathisantinnen ein zur

FEIER UND TAGUNG

Samstag, 21. August 2021



SEMINARHOTEL LIHN, FILZBACH – GLARUS NORD (WALENSEE)

Vorläufiges Programm

9.30 Empfang Mitglieder, geladene Gäste aus der Schweiz

Offizieller Festakt 50 Jahre ECOPOP

- > Reden Vorstandsmitglieder und Patronatskomitee
- > Taufe des Buches «50 Jahre Ecopop»
- > Diaschau / Filmsequenzen 50 Jahre ECOPOP

11.00 Podiumsgespräch

Bevölkerungswachstum Schweiz – was tun? Ziele und Strategien für ECOPOP

12.00 Uhr Mittagessen - Festbankett

Fortsetzung für Interessierte:

SAMSTAG, 21.AUGUST, NACHMITTAG

Tagung zu weltweiten Themen der Bevölkerungspolitik mit internationalen Gästen.

15.00 / Podiumsdiskussion – Video Konferenz

16.30 / Stand des Diskurses in den europäischen Ländern / Redner von befreundeten Organisationen, Diskussion mit dem Publikum.

19.00 / Gemeinsames Nachtessen mit internationalen Gästen

21.00 / Filmnacht

Übernachtungsmöglichkeit im Seminarhotel Filzbach. Die Angaben zum Programm sind noch provisorisch. Das Datum steht aber fest. Bitte reservieren Sie sich den Termin, wir würden uns freuen, Sie in Filzbach begrüßen zu dürfen! Eine persönliche Einladung mit detaillierten Angaben folgt.

ENTSTEHUNG UND GESCHICHTE VON ECOPOP

Von Anne-Marie Rey (gestorben), alt-Grossrätin Bern der SP, Ecopop-Sekretärin ab Gründung 1971-1988
Verfasst August 2014, gekürzt von A. Thommen.

DAS UMFELD

Die 1950er und 60er Jahre waren geprägt durch einen noch nie da gewesenen Wirtschaftsboom und ein massives Bevölkerungswachstum, sowohl in der Schweiz wie weltweit. Die Weltbevölkerung wuchs jährlich um zwei Prozent, beziehungsweise 70 Millionen Menschen. Die Bevölkerung der Schweiz verzeichnete nach dem zweiten Weltkrieg bis 1969 jedes Jahr ein Wachstum von über ein Prozent – 1961 sogar von fast drei Prozent! Diese Zunahme setzte sich zusammen aus einem starken Einwanderungsüberschuss (über 100'000 im Jahr 1961) und gleichzeitig einem sehr hohen Geburtenüberschuss (über 50'000 in den Jahren 1963 bis 1967).

Gleichzeitig wuchs das Bewusstsein über den sich verschlechternden Zustand der Umwelt und die Ressourcenverknappung. Wachstumskritik wurde laut. Die warnenden Stimmen mehrten sich. Bücher wie «Der stumme Frühling» (Carson 1962), «The Population Bomb» (Ehrlich 1968), «Population - Challenging World Crisis» (Berelson 1969), «Natur in Not» (Egli 1970), «Das Selbstmordprogramm» (Taylor, engl. 1970) sensibilisierten die Öffentlichkeit.

1961 wurde der WWF gegründet, 1968 formierte sich der Club of Rome, eine Vereinigung von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Die UNO befasste sich an der zweiten Weltbevölkerungskonferenz 1965 in Belgrad mit dem Zusammenhang von Fruchtbarkeit und Entwicklung. Das Thema Bevölkerungswachstum, Familienplanung, Schwangerschaftsverhütung beherrschte die Konferenz. An der ersten Weltbevölkerungskonferenz in Rom zehn Jahre zuvor, war dieses Thema auf Druck katholischer Länder noch tabu gewesen. An der Konferenz von 1965 nahmen neben Statistikern, Demographen und Wirtschaftswissenschaftlern neu auch Ökologen, Biologen und Mediziner teil. Es wurde auf die negativen Auswirkungen des raschen Bevölkerungswachstums auf die wirtschaftliche Entwicklung, auf Bildung, Ressourcenverbrauch und Ernährungssicherheit hingewiesen.

1970 wurde zum Europäischen Naturschutzjahr ausgerufen. 1971 wurde der Umweltschutzartikel in die schweizerische Bundesverfassung aufgenommen. Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz wurde gegründet, die Anti-AKW-Bewegung formierte sich.

DIE ENTSTEHUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BEVÖLKERUNGSFRAGEN

Auch hierzulande schlugen Wissenschaftler in den Medien Alarm. Am 31. Dez. 1969 erschien in der Berner Tageszeitung Der Bund ein Artikel des Veterinärmediziners Prof. Gottlieb Flückiger von der Universität Bern unter dem Titel «Die Menschheit am Scheideweg». Schon zuvor hatten mich Zeitungsartikel sowie Berichte der UNO und anderer internationaler Organisationen tief beunruhigt, welche auf Zusammenhänge zwischen dem rapiden Bevölkerungswachstum und der zunehmenden Umweltbedrohung hinwiesen, die letztlich das Überleben der Menschheit in Frage stellte. Auch in der Schweiz verschlechterte sich der Zustand der Umwelt in den 1960er Jahren zusehends, nicht zuletzt unter dem Einfluss der rasch wachsenden Bevölkerung: Innert zehn Jahren war die Einwohnerzahl der Schweiz um eine Million angestiegen!

Der Artikel von Prof. Flückiger spornte mich an, selbst zu schreiben. Mein Artikel erschien am 24. März 1970 unter dem Titel «Ein dringendes Problem: Geburtenregelung in der Schweiz».

Prof. Flückiger beglückwünschte mich zum Artikel. Ein Kontakt ergab den andern, und so fand sich am 5. Juni 1970 auf seine Anregung in Bern eine Gruppe von Leuten zusammen. Unter ihnen, neben Prof. Flückiger und mir, der Ökologe Prof. Pierre-André Tschumi vom Zoologischen Institut der Universität Bern, der Gynäkologe Prof. Heinrich Stamm, Chefarzt in Baden, bekannt durch seine Publikationen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Familienplanung (Stamm 1970), mehrere weitere Gynäkologen, LdU-Nationalrat Jakob Bächtold (bis 1969 Präsident des Schweizerischen Bundes für Naturschutz), Valentin Oehen (Ing.agr. ETH, damals Mitglied beim Jungen Bern¹) und zwei Journalisten.

Diskutiert wurden drei Programmpunkte: Aufklärung über die Gefahren der Überbevölkerung, Propagierung der Geburtenregelung, Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Es wurden drei thematische Arbeitsgruppen gebildet, eine zu medizinisch-biologischen Fragen (Vorsitz Prof. Stamm), eine zweite zu «Mensch und Umwelt» (Vorsitz Oehen), eine dritte zu politisch-wirtschaftlichen Fragen (Vorsitz Nationalrat Bächtold).

Ein Jahr später beschlossen die Mitglieder der drei informellen Arbeitsgruppen, unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen einen Verein zu gründen. **Am 29. Juni 1971 fand die Gründungsversammlung statt.**

¹ Das «Junge Bern», bei dem damals auch Mani Matter mitmachte, wurde später zur «Grünen Freien Liste» (GFL) und gehört heute zur Grünen Partei.